

Universitätsstadt Gießen
Der Magistrat

Gießen
■ Kulturstadt an der Lahn

Universitätsstadt Gießen · Rechtsamt · Postf. 110820 · 35353 Gießen

Rechtsamt
Moltkestraße 12

An alle Bewohnerinnen
und Bewohner
zwischen Bismarck-
und Moltkestraße
in Gießen

Auskunft erteilt
Zimmer-Nr. 12
Telefonvermittlung (06 41) 3 06-0
Telefondurchwahl (06 41) 3 06-2455
Telefax (06 41) 3 06 26 63

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen, unsere Nachricht vom
06 12 38/1204 -Oh/Ha-

Datum
9. Dezember 2002

Sicherheitsvorkehrungen am Donnerstag, 12. Dezember, ab 7.00 Uhr im Bereich zwischen Süd-/Ostanlage, Moltkestraße, Grünberger/Ludwigstraße und Bismarckstraße

Liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem benannten Stadtbereich, wie Sie sicherlich aus der Tagespresse entnommen haben, findet am 12. Dezember ab 17.00 Uhr im Stadtverordnetensaal am Berliner Platz eine Stadtverordnetensitzung statt. Einer der Tagesordnungspunkte ist die vom Magistrat eingebrachte neue Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen und Anlagen der Stadt Gießen. Verschiedene politische Gruppierungen haben dagegen zu Protesten aufgerufen.

Der Magistrat der Stadt Gießen ist in Sorge um Ihre Sicherheit und die der demokratisch gewählten Stadtverordneten. Zu den Protesten rufen Gruppen auf, die im Verdacht stehen, in der Vergangenheit auch mit radikalen Parolen und militanten Aktionen vorgegangen zu sein. Insbesondere sind die Orte, die für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung von besonderem Symbolwert sind, von ihnen immer wieder attackiert worden (z.B. Justizvollzugsanstalten, Gerichte oder Einheiten des Polizeivollzugs). Daher geht der Magistrat davon aus, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit solche Aktionen im Laufe des Donnerstags, den 12.12.2002, auch rund um den Berliner Platz mit dem Stadtverordnetensaal geplant sein werden.

Um Ihre Sicherheit gewährleisten zu können ist es wichtig, dass unsere Ordnungskräfte am Donnerstag möglichst ungehindert die geschriebenen Flächen kontrollieren und sichern können. Dafür möchten wir Sie bitten, am Donnerstag, den 12.12.2002, ab 7.00 Uhr:

- alle Autos und sonstigen Fahrzeuge aus dem genannten Bereich zu entfernen und diesen auch nicht mehr mit Fahrzeugen zu befahren. Bitte benutzen Sie als Stellplätze Parkplätze außerhalb des benannten Bereiches, z.B. die Parkplätze an der Ringallee.
- wenn Sie parkende oder fahrende PKW oder LKW sehen, sofort das KFZ-Kennzeichen unter der Telefonnummer 0641/7006-2555 der Polizei Gießen zu melden, damit dort geprüft werden kann, ob das Fahrzeug berechtigterweise im Sperrgebiet fährt.
- sämtliche Haustüren und Fenster, Garten- und Hoftüre ständig verschlossen zu halten und keine unbekanntenen Personen auf Grundstücke oder in Häuser zu lassen.
- beim Auftauchen von Personen in Polizeiuniform ebenfalls die obige Nummer 0641/7006-2555 anzurufen, damit geprüft werden kann, ob es sich um echte Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamte handelt. Grund ist, daß Teile der vom Magistrat als gefährlich eingestuften Gruppen sich bei ihren Aktionen in Polizeiuniformen verkleiden.

Zudem bitten wir Sie Ihren Personalausweis oder andere Nachweise für einen berechtigten Aufenthalt im benannten Gebiet (gilt nur für Wohngebiete zwischen Berliner Platz und Moltkestraße) wie Arbeitspapiere, Einladungen usw. bei sich zu tragen, weil die Polizei und die Ordnungskräfte gezwungen sein könnten, unberechtigten Personen das Betreten zu untersagen.

Die Stadtverwaltung Gießen ist während des Donnerstags, den 12.12.2002, für den allgemeinen Publikumsverkehr geschlossen.

Diese Anordnungen gelten bis zum Ende der Stadtverordnetensitzung, längstens jedoch bis zum 12.12., 24.00 Uhr.

gez. Bürgermeister

(dieses Schreiben ist maschinell erstellt und auch ohne Unterschrift gültig)

Geltende Arbeitszeit!

Anrufe bitte möglichst von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr, freitags zwischen 8.00 Uhr und 12.30 Uhr oder nach Vereinbarung. Sie erreichen uns mit den Bussen der Stadtwerke. Nutzen Sie die Vorteile des ÖPNV.

Gefälschter Brief sorgt für Verunsicherung

Aktion im Vorfeld der heutigen Demonstration – Alten Briefkopf des Rechtsamts benutzt – Stadt erstattet Anzeige

GIESSEN (rs). Ein gefälschter Brief, der einen amtlichen Charakter vorspiegelt, sorgt zurzeit für große Verunsicherung in der Bevölkerung. Die Telefone in der Stadtverwaltung – insbesondere die in dem Schreiben fälschlicherweise angegebenen Nummern – wurden gestern bereits in den frühen Morgenstunden ständig von besorgten Bürgern angerufen. Offenbar wurde der Brief, als dessen Absender der Bürgermeister der Stadt Gießen genannt wird, in dem Wohngebiet rund um den Berliner Platz flächendeckend in alle Haushalte verteilt. Der Brief trägt zwar keine Unterschrift, verweist aber darauf, dass das Schreiben maschinell erstellt

wurde und auch „ohne Unterschrift gültig“ sei. Um den amtlichen Charakter vorzutäuschen, haben die Fälscher einen seit 1998 nicht mehr in Gebrauch befindlichen Briefkopf des städtischen Rechtsamts einkopiert. Gießens Bürgermeister Heinz-Peter Haumann und Polizeipräsident Manfred Meise stellten klar, dass nichts von dem, was in diesem Schreiben behauptet werde, der Wahrheit entspreche. Die Stadt werde unter allen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten Strafanzeige gegen unbekannt stellen.

Die Fälscher wenden sich in diesem Schreiben an die Bevölkerung und teilen ihr angebliche „Sicherheitsvorkehrun-

gen“ im Wohngebiet zwischen Süd-/Ostanlage, Moltkestraße, Grünberger/Licher Straße und Bismarckstraße anlässlich der für heute geplanten Demonstration gegen die Gefahrenabwehrverordnung mit.

Unter anderem wird der Bevölkerung erklärt, dass das Gebiet zwischen Bismarckstraße und Moltkestraße zum Sperrgebiet erklärt werde, und empfohlen, am Donnerstag ab sieben Uhr dort nicht zu parken, die Straßen nicht zu befahren, „Haustüren, Fenster ... ständig geschlossen zu halten“, dennoch dort fahrende und parkende Pkw an die Polizei zu melden und auch „beim Auftauchen von Personen

in Polizeiuniform“ die Polizei anzurufen, um sicherzustellen, dass es sich um „echte Polizeibeamte“ handle, da „Teile der vom Magistrat als gefährlich eingestuften Gruppen sich bei ihren Aktionen in Polizeiuniformen verkleiden“.

Bürgermeister Haumann abschließend zu dem Vorgang: „Ich fühle mich durch diese Aktion, die bewusst mit Ängsten der Bevölkerung spielt und nur das Ziel hat, zu verunsichern, in all meinen Befürchtungen bestätigt. Alle tatsächlich getroffenen Vorkehrungen, die der Magistrat im Hinblick auf die geplante Demonstration vorbereitet hat, sind richtig und maßvoll – und in keiner Weise übertrieben.“